Deutscher Bundestag **Drucksache 17/521**

17. Wahlperiode 26. 01. 2010

Antrag

der Abgeordneten Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine), Doris Barnett, Klaus Barthel, Willi Brase, Edelgard Bulmahn, Ulla Burchardt, Martin Dörmann, Peter Friedrich, Iris Gleicke, Rolf Hempelmann, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Manfred Nink, Thomas Oppermann, Dr. Sascha Raabe, Carsten Schneider (Erfurt), Dr. Martin Schwanholz, Dr. Carsten Sieling, Wolfgang Tiefensee, Andrea Wicklein, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland befindet sich seit gut einem Jahr in einer Wirtschaftskrise – der schwersten seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Die globale Wirtschaftskrise hat das Land und die internationale Staatengemeinschaft vor große neuartige Herausforderungen gestellt. Dass Deutschland in dieser Krise entschlossen gehandelt hat, ist auch ein Verdienst der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, die dieses Land erfolgreich durch außergewöhnlich turbulente Zeiten geführt hat. Es war sozialdemokratische Politik, die entscheidend dazu beigetragen hat, die Konjunktur zu stabilisieren, Anreize für Investitionen zu geben und Arbeitsplätze zu sichern. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Unternehmer und Arbeitgeber haben durch besonnenes und umsichtiges Handeln in der Krise einen erheblichen Anteil daran, dass es in Deutschland zu einem bisher erfolgreichen, weltweit beachteten Krisenmanagement gekommen ist. Von diesem Kurs haben sich die schwarz-gelbe Bundesregierung und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel abgewandt.

Die nächsten Jahre werden schwierig für die Beschäftigten aber auch für die Unternehmen. Deutschland steht gegenwärtig vor einer historischen Weggabelung: Entweder es wählt den Pfad eines niedrigen Wachstums mit geringen Zukunftsinvestitionen und hoher Arbeitslosigkeit. Oder das Land schlägt den Weg eines hohen Wachstums mit mehr Innovationen und verstärkten Investitionen ein. Deutschland braucht eine nachhaltigere Wirtschaftspolitik, den Einstieg in ein intelligentes Wachstumsmodell, das gleichzeitig und gleichgewichtig nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet. Im Lichte einer sich wandelnden Welt und der großen Herausforderung, die Erderwärmung zu bekämpfen sowie eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, stellt sich die Frage, wie sich Fortschritte in diese Richtung und von Lebensqualität besser messen lassen. Der Vorschlag der EU-Kommission, das Bruttoinlandsprodukt durch Indikatoren zu ergänzen, die die längerfristige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung abbilden, ist zu begrüßen und sollte baldmöglichst realisiert werden. Es braucht

starke Investitionsimpulse, die nicht nur konjunkturell wirken, sondern das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft dauerhaft steigern.

Die von der Bundesregierung bislang vorgesehenen Maßnahmen werden diesem Anspruch nicht gerecht. Die Bundesregierung betreibt eine falsche Politik und läuft Gefahr – so der Sachverständigenrat in seinem jüngst vorgelegten Jahresgutachten –, die Zukunft aufs Spiel zu setzen. Die Folgen dieser Politik werden gravierend sein: Die Wirtschaftsweisen prophezeien in ihrem Jahresgutachten, dass, wenn die Bewältigung dieser Herausforderungen misslingt, „Deutschland für lange Zeit unter einer Wachstumsschwäche, einer die Generationengerechtigkeit untragbar verletzenden öffentlichen Verschuldung und einem am staatlichen Tropf hängenden Bankensystem“ leiden wird (Jahresgutachten 2009/10 Erstes Kapitel Nummer 1).

Es sind weder von dem bereits beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch von den Ankündigungen der neuen Koalition für eine Steuerreform 2011 nennenswerte wachstumsfördernde Impulse zu erwarten. Im Gegenteil: Diese Maßnahmen heben die Staatsverschuldung dramatisch an und schwächen die Finanzkraft des Bundes, der Länder und der Kommunen, die deshalb keine andere Wahl haben werden, als die Steuerausfälle durch Kürzung der Ausgaben für Investitionen in Infrastruktur und Bildung sowie soziale Daseinsvorsorge zu kompensieren. Gerade eine Ausweitung und Verstetigung dieser öffentlichen Investitionen wäre jedoch Grundlage für eine positive Wirtschaftsentwicklung. Konsequenz dieser Politik ist, dass die erfolgreichen Bemühungen der Vorgängerregierung im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms konterkariert werden. Auch das von der neuen Koalition selbst gesetzte Ziel eines „Mehr Netto vom Brutto“ wird ins Gegenteil verkehrt: steigende kommunale Gebühren und höhere Abgaben belasten Bürgerinnen und Bürger und schwächen die Kaufkraft.

Und das in einer Situation, in der die Krise noch nicht überstanden ist – Deutschland steht ein schwieriges Jahr 2010 bevor. Die überraschend gute Wirtschaftsentwicklung im dritten Quartal 2009 ist ein positives Zeichen, doch kein Grund zur Entwarnung, da sie sich in erheblichem Maße auf die in Deutschland und weltweit auf den Weg gebrachten Konjunkturprogramme stützt. Zu erwarten sind für 2010 ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine Zunahme der Verschuldung der öffentlichen Haushalte.

Aufgabe der Politik ist es, ein „Weiter so“ oder eine Rückkehr zu einer Politik wie vor der Krise zu verhindern. Dabei müssen vor allem die Probleme der globalen Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik gelöst werden. Deutschland wird diese Krise nur meistern, wenn es sie im Einklang mit unseren Partnern in der EU bekämpft. Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung sind auf europäischer Ebene auszubauen – wirtschaftliche Integration darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen.

Die Politik in Deutschland muss sich jetzt diesen gewaltigen Aufgaben stellen, um gestärkt aus der Krise herauszukommen. Die Lasten der Krise müssen gerecht verteilt werden – es müssen die Verursacher herangezogen werden. Deutschland braucht eine Politik des höheren Wachstumspfades mit Investitionen in Bildung und Innovation – hierfür bedarf es einer Strategie für nachhaltiges Wachstum und guter Arbeit, auf deren Basis eine Wirtschaftspolitik möglich ist, die unsere Volkswirtschaft krisenfester und dynamischer macht. Die zentralen Elemente einer solchen Strategie sind die gezielte Regulierung der Finanzmärkte, wirksame Maßnahmen zur Sicherstellung der Kreditversorgung, vor allem für den Mittelstand, und eine nachhaltige Wachstums- und Beschäftigungspolitik.

Finanzmarktregulierung

Weltwirtschaftliche Stabilität setzt zwingend eine Stabilisierung der Finanzmärkte voraus. Die innerhalb der G20 und der EU getroffenen Absprachen müssen nun als erster Schritt in konkrete Regulierungsvorschriften umgesetzt werden. Die Bundesregierung will dies jedoch bis 2012 aussetzen und damit fundamentale Probleme in diesem Bereich gerade nicht lösen. Die gegenwärtigen Anzeichen eines „business as usual" sind alarmierend – es darf nicht zugelassen werden, dass Finanzjongleure erneut die Realwirtschaft bedrohen. Die Bundesregierung jedoch handelt nicht.

Es geht darum, Instrumente zu finden, um Investitionen in der Realwirtschaft gegenüber der kurzfristigen Finanzanlage zu stärken – Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen. Kein Markt, kein Produkt und kein Akteur darf in Zukunft unreguliert bleiben. Für die Verbraucher muss ein Finanz-TÜV eingeführt werden. Die auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 auf Betreiben der Sozialdemokraten von der damaligen Bundesregierung eingebrachte internationale Finanztransaktionssteuer ist von der neuen Bundesregierung weiter zu verfolgen und durchzusetzen – wenn nicht international, dann europäisch. Sollte kurzfristig weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erzielt werden können, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild eingeführt werden.

Verantwortungsvoll handelnde Bankmanager brauchen Anreiz- und Vergütungssysteme, die auf mehr Nachhaltigkeit statt auf schnelle Rendite ausgerichtet sind. Gehaltsexzesse dürfen nicht von der Allgemeinheit mitfinanziert werden. Es bedarf eines strikten Vorgehens gegen exzessive Bankergehälter. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben ist umgehend umzusetzen. Darüber hinaus muss eine unmittelbare Abgabe auf Bonuszahlungen der Banken geprüft werden.

Nachhaltige Zukunftsinvestitionen

Deutschland braucht eine Politik des intelligenten Wachstums. Eine Politik, die die Wachstumspotenziale der deutschen Volkswirtschaft nachhaltig erhöht. Maßnahmen, die die Volkswirtschaft modernisieren. Es ist erforderlich, Zukunftsinvestitionen zu fördern und zu tätigen – dies bildet eine der wesentlichen Grundlagen für ein höheres Wirtschaftswachstum. Dazu müssen sowohl die privaten als auch die öffentlichen Investitionen gesteigert werden.

Die Investitionsquote in Deutschland liegt heute deutlich unter dem Durchschnitt der EU sowie der OECD. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen und des Staates bestimmt insbesondere den langfristigen Wachstumstrend. Mehr unternehmerische Investitionen sind daher dringend erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen, für zusätzliche Einkommen und die Belebung der Binnennachfrage. Hierfür kommen in Betracht eine möglichst zielgenaue Anhebung der degressiven AfA (Abschreibung für Abnutzung), Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen. Für ökologisch wirksame Investitionen werden zusätzliche Anreize geschaffen.

Öffentliche Investitionen

Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Wachstumsbeschleunigungsgesetz bedient außer in der Besserstellung der Familien reine Klientelinteressen. Aber es leistet – wie anlässlich der Sachverständigenanhörung im Deutschen Bundestag einhellig geäußert – keinen Beitrag zu mehr Wachstum, schon gar nicht zu beschleunigtem Wachstum. Denn das Paket löst weder zusätzliche investive Impulse aus noch stärkt es die Einkommen derer, die das

Geld auch ausgeben. So wird durch die Mehrwertsteuersenkung für Übernachtungen nicht eine einzige zusätzliche Übernachtung angeregt.

In der modernen Wirtschaftsforschung ist unumstritten, dass öffentliche Investitionen stärkere Wachstumseffekte nach sich ziehen als Steuersenkungen, wie jüngst auch wieder der Internationale Währungsfonds (IWF) dargelegt hat. Gerade diese Investitionen werden mit den im Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedeten Maßnahmen aber aufs Spiel gesetzt. Zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen geleistet. Ihnen werden in den kommenden Jahren daher wichtige Einnahmen fehlen.

Es bedarf jetzt eines massiven Impulses bei den öffentlichen Investitionen insbesondere in das Bildungssystem in Deutschland. Eine Bildungsoffensive für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stärke und eine bessere Integration. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass Deutschland seine Bildungsinvestitionen dauerhaft um rund 25 Mrd. Euro jährlich anheben müsste, um zumindest den OECD-Durchschnitt zu erreichen. Es ist enttäuschend, dass die Bundesregierung auf dem zweiten so genannten Bildungsgipfel am 16. Dezember 2009 erneut nur Absichtserklärungen abgegeben hat, die sowohl im Mittelvolumen als auch in der Verbindlichkeit völlig unzureichend sind.

Maßnahmen im Rahmen der Bildungsoffensive sind u. a. der Ausbau der frühkindlichen Bildung, ein Ausbau der Ganztagsschulen, die Einführung eines Rechts auf Berufsausbildung für alle Jugendlichen etwa im Rahmen der Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes und eine Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre durch einen Studienpakt von Bund und Ländern.

Deutschland wird dauerhaften Wohlstand für alle nur dann erreichen, wenn das neue Jahrzehnt das Jahrzehnt der Investitionen in Bildung und Forschung wird. Bildung ist ein Menschenrecht und Voraussetzung für eine selbstbestimmte individuelle Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe. Zudem kann Deutschland seine Spitzenstellung auf den Weltmärkten nur behaupten, wenn es in das Know-how der Menschen investiert, den Forschungsstandort stärkt und den Wissenstransfer besser organisiert. Das Wissen und die Qualifikation der Menschen sind entscheidende Faktoren für eine zukunftsfähige Wirtschaft. Es liegt gerade auch im Interesse von Unternehmen, dass genügend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Der Fachkräftebedarf der nächsten Jahre muss gesichert werden. Gut ausgebildete und qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind eine wesentliche Stärke unseres Landes im internationalen Wettbewerb.

Der Aus- und Weiterbildung kommt eine wichtige Schlüsselrolle zu. Nur mit ihrem Ausbau wird es gelingen, jeder und jedem Einzelnen die Möglichkeit zu sichern, Qualifikationen und Kompetenzen durch lebenslanges Lernen kontinuierlich zu erhalten, zu erneuern und auszubauen. Davon profitieren vor allem auch die Unternehmen, die mit differenzierten und maßgeschneiderten Qualifizierungsangeboten flexibel auf Anforderungen von Markt, Betrieb und Technik reagieren können. Ziel muss es sein, die Beteiligung an der formalisierten Weiterbildung bis 2015 auf 60 Prozent zu erhöhen (2007: 43 Prozent).

Forschung und Innovation

Deutschland braucht eine Intensivierung der Forschungsausgaben. Investitionen in Forschung und Innovationen bilden die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum. Wissen und Erfindungsreichtum sind die Basis für den Wohlstand in Deutschland. Innovationen sind insbesondere in Krisenzeiten Basis für wirtschaftliches Wachstum. Hierzu bedarf es nicht nur einer innovativen Großindustrie, sondern vor allem auch der Ausweitung der Forschung im Mittelstand. Wirtschaftliche Stärke basiert vor allem auch auf der Fähigkeit, aus guten Ideen innovative Produkte und Dienstleistungen zu erstellen.

Die Forschungsausgaben im Mittelstand sind krisenbedingt stark rückläufig und müssen stimuliert werden. Die bestehende Projektförderung ist und bleibt ein unverzichtbares Element der deutschen Forschungsförderung und muss weiter ausgebaut werden. Die Evaluierung staatlicher Forschungs- und Innovationsförderung zeigt aber zugleich, dass besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) weniger stark von der Projektförderung profitieren als Großunternehmen.

Eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Form einer Steuergutschrift für kleine und mittlere Unternehmen stellt – additiv zur bestehenden Projektförderung – eine wichtige Ergänzung der Forschungsfinanzierung dar und leistet gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des 3-Prozent-Ziels von Lissabon. Die Vorteile einer steuerlichen Förderung liegen vor allem in ihrer Neutralität und Technologieoffenheit gegenüber Inhalt und Charakter der FuE-Projekte (FuE = Forschung und Entwicklung). Gleichzeitig sind aber Mitnahmeeffekte zu begrenzen. Die Einführung von Steuergutschriften für private Forschungsausgaben ist eine gezielte Wirtschaftsförderung, die rasche und dauerhafte Verbesserungen verspricht und die Innovationskraft des deutschen Mittelstandes stärkt. Gerade auch die stark innovativen mittelständischen Hersteller grüner Technologien werden so gefördert.

Die Bundesregierung hat keine konkreten Pläne zum Thema Forschungsförderung im Mittelstand; im Koalitionsvertrag wird eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung lediglich angestrebt. Es besteht die Gefahr, dass die steuerliche Forschungsförderung auf Kosten der Projektförderung geht. Eine steuerliche Förderung ausschließlich für die Forschungsausgaben von Großunternehmen und Konzernen, wie sie die Bundesregierung offenbar vorbereitet, wird abgelehnt.

Einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers kann der Ausbau der öffentlich finanzierten Validierungsforschung leisten. Mit dieser können Erkenntnisse der Grundlagenforschung mit dem Ziel weiterentwickelt werden, für die klassischen marktorientierten Transferinstrumente wie u. a. Ausgründungen und Risikokapitalgeber attraktiv zu werden und in die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung einzumünden. Die Validierungsforschung kann so einen Beitrag zur Überbrückung der Innovationslücke leisten.

Nachhaltiges Wachstum/Stärkung der Binnennachfrage

Es geht auch darum, eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft zu erreichen, indem die Binnenwirtschaft gezielt gestärkt wird. Allein weiter auf die starke Exportwirtschaft zu setzen, wird nicht auf einen neuen nachhaltigen Wachstumspfad führen, denn wichtige Abnehmerländer Deutschlands, wie die USA, süd- und osteuropäische Länder, sind hoch verschuldet (Leistungsbilanzdefizite) und haben einen längeren Weg der Konsolidierung vor sich.

Damit die private Binnennachfrage gestärkt wird, muss Arbeit fair entlohnt werden. Eine gerechtere Einkommensverteilung kann einen Nachfrageschub auslösen. Die Reallohnentwicklung soll sich wieder stärker am Produktivitätswachstum orientieren – dazu braucht es starke Sozialpartner. Gerade in der Wirtschaftskrise hat sich gezeigt, dass Unternehmen und Beschäftigte eine Gemeinschaft bilden, die ihre Balance auch in einer gerechten Vergütung und Entlohnung finden muss. Eine stark zunehmende Ungleichheit bei den Einkommen beeinträchtigt – wie die Krise gezeigt hat – das Wirtschaftswachstum: Steigen nämlich die Einkommen vor allem der oberen Einkommensschichten, fließen immer größere Summen in den Finanzsektor und eben nicht über den Konsum in die Realwirtschaft. Die höheren Ersparnisse gehen damit der Realwirtschaft verloren und treiben die Kurse im Finanzsektor weiter an (Vermögenspreisblasen).

Um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze. Dies ist der richtige Kurs gegen Armutslöhne. Die Bundesregierung schlägt auch hier einen falschen Kurs ein: Statt eines Mindestlohns sollen nach dem Koalitionsvertrag „sittenwidrige Löhne, die ein Drittel unter dem Durchschnitt liegen" verboten werden. Wenn in Branchen, in denen Löhne von vier bis fünf Euro üblich sind, statt tariflicher Lohnuntergrenzen der branchenübliche Lohn der Maßstab sein soll, der dann um nicht mehr als ein Drittel unterschritten werden darf, bleibt es bei Armutslöhnen. Diese gehen unmittelbar zulasten der Binnennachfrage.

Nachfrageimpulse für neue Technologien in Deutschland können durch eine umweltbewusste öffentliche Beschaffung entstehen. Wenn Bund, Länder und Kommunen sich auf neue, abgestimmte Beschaffungsstandards einigen, bilden sie mit fast 60 Mrd. Euro jährlich (bei einem Gesamtbeschaffungsvolumen von rund 260 Mrd. Euro jährlich) eine massive Einkaufsmacht für umweltfreundliche Produktinnovationen. Im Rahmen der letzten Vergaberechtsreform konnte durchgesetzt werden, dass Bund, Länder und Kommunen soziale und ökologische Kriterien bei der Auftragsvergabe berücksichtigen können. Die Aufnahme der „Kann"-Regelung im Gesetz war ein erster Schritt. Es gilt nun, sich dafür einzusetzen – insbesondere auch zur Stärkung von Tariftreue –, dass die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe zur Pflicht wird. Hierzu bedarf es auch einer entsprechenden europäischen Initiative.

Binnennachfrage und Europäische Währungsunion

Die Stärkung der Binnennachfrage durch öffentliche Investitionen und Lohnstabilisierung ist auch für die Europäische Währungsunion von großer Bedeutung. Im Euroraum bestehen große Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzsalden. Während Deutschland vor der Krise einen Leistungsbilanzüberschuss von sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) hatte, wiesen Spanien, Portugal und Griechenland Leistungsbilanzdefizite von bis zu zehn Prozent auf. Würde letzteren von der EU massive Lohnzurückhaltung bzw. -kürzung abgefordert und würde Deutschland gleichzeitig seine einseitige Exportorientierung aufrechterhalten, könnte es zu Stabilitätsproblemen bei der Europäischen Währungsunion kommen.

Kreditklemme

Für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird die Kreditversorgung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein. Ein wesentliches Merkmal der deutschen Wirtschaft ist der hohe Anteil von kleinen und mittleren Unternehmen, die mit einer relativ geringen Eigenkapitaldecke ausgestattet und kaum am Kapitalmarkt engagiert sind. Diese Betriebe sind von einer ausreichenden Kreditversorgung der Banken stark abhängig. Banken vergeben Kredite gar nicht oder nur noch zu deutlich ungünstigeren Konditionen. Bei allgemein zunehmender Nachfrage erhalten Unternehmen insbesondere nicht ausreichend dringend benötigte Betriebsmittelkredite.

Die unzureichende Kreditversorgung der Unternehmen durch die Banken kann sich für viele Mittelständler existenzbedrohend auswirken und gefährdet einen möglichen Aufschwung, insbesondere auch, weil die Innovationsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen erheblich beeinträchtigt wird.

Die ausreichende und zügige Kreditversorgung für mittelständische Unternehmen hat oberste Priorität, da diese für die Entwicklung der Wirtschaft unverzichtbar ist. Banken haben mit ihrer Aufgabe, die Realwirtschaft mit Krediten

zu versorgen, Mitverantwortung für neues Wirtschaftswachstum. Die Banken müssen verpflichtet werden, sich angemessen an der Stabilisierung des Finanzmarktes zu beteiligen. Die Änderungen der Vorschriften zur Vorhaltung regulatorischen Eigenkapitals und die Fähigkeit der Banken zur Kreditvergabe müssen in Einklang miteinander gebracht werden.

Die Vorgängerregierung hat mit der Einrichtung des Wirtschaftsfonds Deutschland gehandelt – mit den Mitteln aus dem Wirtschaftsfonds soll insbesondere dem Mittelstand geholfen werden. In vielen Fällen werden die Mittel jedoch dafür genutzt, bestehende Kredite zu verlängern: Sie werden gerade nicht dazu genutzt, neues Kreditvolumen auszureichen und zu generieren. Die Banken verspielen hier erneut Vertrauen und werden ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Mitarbeiterkapitalbeteiligung kann zu einem wichtigen Faktor bei der Sanierung eines Unternehmens werden; freiwillige Beiträge der Beschäftigten können für Unternehmen im Sanierungsfall ein wichtiges Instrument zur Überwindung der Krise sein. Neben direkten Beteiligungen kommen als zusätzliche Möglichkeit einer Mitarbeiterbeteiligung für mittelständische Unternehmen auch Fondslösungen in Betracht, bei denen eine Vielzahl von Unternehmen gemeinsam einen Fonds für ihre Beschäftigten errichtet.

Zur Umsetzung von Innovationen in Produkte ist geeignetes Wagniskapital entscheidend; vor allem für kleine Unternehmen und Neugründungen. Es bedarf einer Initiative für Wagniskapital aus erfahrenen Produktionsunternehmen. Wagniskapital von erfolgreichen Unternehmen muss gekoppelt werden mit unternehmerischer Unterstützung und schneller Vermarktung über bestehende Vertriebskanäle. Das Instrument dafür können unternehmenseigene Fonds, aber auch branchen- oder regionsspezifische unternehmensübergreifende Fonds sein. Das Wagniskapitalbeteiligungsgesetz ist im Hinblick auf die Erreichung dieser Ziele zu überprüfen.

Mittelstand

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. 99 Prozent aller Unternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen, in denen rund die Hälfte unserer Wirtschaftsleistung erbracht wird. Rund drei Viertel aller Beschäftigten arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen. 80 Prozent aller Jugendlichen werden in kleinen und mittleren Unternehmen ausgebildet. In der Wirtschaft, insbesondere im Mittelstand, sind Unternehmerinnen oder Unternehmer die Regel, die mit hoher gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, mit ausgeprägtem sozialem Bewusstsein und mit hoher Verantwortung für den Mitarbeiterbereich ihr Unternehmertum verstehen und tagtäglich praktizieren. Es geht darum, Branchenstrukturen, Unternehmen und Belegschaften mit ihren Qualifikationen zu erhalten, so dass sie nach der Krise schnell wieder durchstarten können. Mittelständische Unternehmen sind in ihrer Innovationsfähigkeit zu stärken und internationaler auszurichten, damit sie den Anforderungen der Globalisierung standhalten.

Deutschland braucht eine neue Gründungskultur. Es geht darum, die Bedingungen für Existenzgründer weiter zu verbessern, insbesondere die soziale Absicherung. Genehmigungsverfahren sind weiter zu vereinfachen und zu konzentrieren. Das Modell des High-Tech Gründerfonds soll gestärkt und auf andere Bereiche ausgedehnt werden. Der Bürokratieabbau ist konsequent weiter fortzuführen: Bürokratische Hemmnisse für mittelständische Unternehmen sind weiter abzubauen, indem u. a. Informations- und Statistikpflichten weiter reduziert und Dokumentationspflichten auch auf elektronischem Wege ermöglicht werden.

Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) ist von der Großen Koalition ein wirksames Instrument zur Stärkung der Innovationsfähigkeit des

deutschen Mittelstands geschaffen worden. Kleine und mittlere Unternehmen erhalten Zuschüsse und günstige Darlehen, um Forschungs- und Innovationsprojekte zu finanzieren. Durch das ZIM ist ein transparentes, zielgenaues und leicht zugängliches Förderangebot geschaffen worden, das mindestens auf dem Niveau von 2009 beibehalten werden muss.

Strategische und ökologische Industriepolitik

Wesentlicher Bestandteil einer Wachstumsstrategie sind die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige und der Aufbau neuer, wachstumsstarker Branchen. Die Bundesregierung hat kein industriepolitisches Konzept.

Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt an der Entwicklung der industriellen Wertschöpfung. Es gilt, den Produktionsstandort Deutschland dauerhaft zu festigen und zu stärken. Ohne eine starke Industrie sind Wachstum und Beschäftigung kaum möglich. Die wirtschaftliche Kernstärke Deutschlands liegt im erfolgreichen Zusammenspiel aus produzierendem Gewerbe und produktionsnahen Dienstleistungen.

Deutschland braucht eine aktive Industriepolitik, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Für eine zukunftsfähige Entwicklung der Industriepolitik ist der technologische Fortschritt mitentscheidend. Deutschland ist in zentralen Technologiefeldern Spitzenreiter. Diese Position gilt es zu halten und weiter auszubauen; hier hat die Wirtschaft erhebliche Wachstumschancen.

Die Industriepolitik muss qualitativ neu ausgerichtet werden. Ökologische Industriepolitik muss die industrielle Struktur unserer Ökonomie auf die knapper werdenden Ressourcen einstellen, Zukunftsindustrien stärken und die deutsche Wirtschaft auf die Leitmärkte der Zukunft ausrichten. Sie macht die deutsche Wirtschaft langfristig unabhängiger von den Preisentwicklungen an den Rohstoffmärkten. Mit gezielter Industriepolitik wird der Kurs der Wirtschaft ins Zeitalter der Energie- und Rohstoffeffizienz gesteuert und begleitet: So können neues Wachstum, neue Wertschöpfung, neue Produkte und neue Beschäftigung entstehen.

Es bedarf einer strategischen Industriepolitik, die Leitmärkte der Zukunft als Absatzmärkte erschließt und damit den Standort Deutschland sichert. Es geht um den Ausbau und die weitere Erschließung von Leitmärkten wie Klima- und Umwelttechnik. Die bisherigen Leitmärkte wie die Automobilbranche sind ein Teil dieser Zukunftsoption. Insoweit gilt es, den Bau des Autos der Zukunft zu unterstützen, indem bei Elektroantrieb und Entwicklung von Wasserstoff- und Brennstoffzellenantrieben die bestehende Förderung konsequent fortgesetzt wird. Im Leitmarkt Energie braucht Deutschland einen nationalen Aktionsplan zu erneuerbaren Energien. Die Erschließung von Leitmärkten entscheidet maßgeblich auch über die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Eine strategische und ökologische Industriepolitik wird zur Erhaltung und Modernisierung der industriellen Basis führen und damit die Grundlage für neues nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung in den Märkten der Zukunft legen.

Innovative Dienstleistungen

Deutschland hat als Dienstleistungsstandort ein hohes Potenzial – innovative Dienstleistungen sind damit ein weiteres wichtiges Element einer Wachstumsstrategie. Eine starke Industrie und innovative Dienstleistungen bedingen einander; produktionsnahe Dienstleistungen sind integraler Bestandteil starker industrieller Produktion.

Insbesondere die Gesundheits- und die Kreativwirtschaft können sich auch in diesem Jahrzehnt zum Beschäftigungsmotor entwickeln. Anstatt diese Beschäftigungspotenziale gezielt auszubauen, betreibt die Bundesregierung eine Politik des Stillstandes. Es bedarf jetzt konsequenter Strategien, um die genannten Beschäftigungschancen Wirklichkeit werden zu lassen – Chancen sind gezielt zu identifizieren und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln und zu ergreifen.

Modernisierung der Infrastruktur

Eine leistungsfähige Volkswirtschaft braucht leistungsfähige Infrastrukturen. Als Grundlage für neues Wachstum und für die Arbeit von morgen braucht Deutschland eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur.

Es muss ein intelligentes Energienetz geschaffen werden, dass auf den Ausbau der erneuerbaren Energien hin angelegt ist. Deutschland braucht eine Strategie, mit der eine Lösung für ein schnelles Breitbandnetz für alle auf den Weg gebracht wird. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum. Vor dem Hintergrund weiter steigenden Verkehrsaufkommens sind erhebliche Investitionen notwendig, um die Verkehrsnetze darauf einzustellen. Auch hier wird deutlich: Die schuldenfinanzierte Steuersenkungspolitik der schwarz-gelben Koalition ist eindeutig der falsche Weg, da sie erforderliche Investitionen verhindert.

Finanzierung

Umfangreiche Stützungsmaßnahmen der Politik im Rahmen der Konjunkturpakete haben die wirtschaftliche Entwicklung stabilisiert, gleichzeitig aber auch die Staatsverschuldung erheblich ausgeweitet. Der weitere Weg aus der Rezession wird mühsam und stellt die öffentlichen Haushalte vor große Herausforderungen.

Für nachhaltige Zukunftsinvestitionen und höhere Aufwendungen für Bildung und Forschung müssen neue finanzielle Handlungsspielräume geschaffen werden. Zusätzliche Spielräume für die schon beschlossenen und die weiterhin geplanten Steuersenkungen der Bundesregierung gibt es nicht. Vor diesem Hintergrund stellen die Pläne der Bundesregierung eine finanzpolitisches Abenteuer dar – auf die ab 2011 geplanten weitergehenden Einkommensteuersenkungen in Höhe von rund 20 Mrd. Euro pro Jahr ist zu verzichten.

Neben dem Abbau von Subventionen muss es auch zur Verbesserung der staatlichen Einnahmesituation kommen. Ebenfalls zur Gegenfinanzierung muss die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer Element eines solidarischen Lastenausgleichs sein.

Darüber hinaus muss das Steuerkonzept Vermögende, unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Normalverdiener sowie Familien steuerlich besserstellen. Auf Spitzeneinkommen ist ein „Bildungssoli“ einzuführen, um auch damit einen Beitrag zur Steigerung der dringend notwendigen Bildungs- und Forschungsinvestitionen zu leisten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sicherzustellen, dass die innerhalb der G20 und der EU getroffenen Absprachen zur Stabilisierung der Finanzmärkte auch in konkrete Regulierungsvorschriften umgesetzt werden. Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen. Kein Markt, kein Produkt und kein Akteur, darf in Zukunft unreguliert bleiben. Für die Verbraucher muss ein Finanz-TÜV eingeführt werden. Die auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 eingebrachte internationale Finanztransaktionssteuer ist von der neuen Bundesregierung weiter zu verfolgen und durchzusetzen – wenn nicht international, dann europäisch. Sollte auf internationaler oder europäischer Ebene keine Einigung erzielt werden können, ist als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild der englischen Stempelsteuer einzuführen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben ist umgehend umzusetzen. Darüber hinaus muss eine unmittelbare Abgabe auf Bonuszahlungen der Banken geprüft werden;
2. Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die gezielt zusätzliche Investitionen im Unternehmenssektor auslösen und zu nachhaltigem Wachstum und nachhaltiger Beschäftigung beitragen. Dafür kommen in Betracht eine möglichst zielgenaue Anhebung der degressiven AfA, Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen. Für ökologisch wirksame Investitionen werden zusätzliche Anreize geschaffen;
3. eine Bildungsoffensive zu starten und die Investitionen in das Bildungssystem so zu erhöhen, dass sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreicht werden. Allein der Bund muss für eine Bildungsoffensive 10 Mrd. Euro zusätzlich im Jahr für Bildung und Forschung investieren. Maßnahmen im Rahmen der Bildungsoffensive sind der Ausbau der frühkindlichen Bildung, ein Ausbau der Ganztagsschulen, die Einführung eines Rechts auf Berufsausbildung für alle Jugendlichen und eine Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre durch einen Studienpakt;
4. Maßnahmen mit dem Schwerpunkt des Ausbaus von Förderansprüchen im Hinblick auf die Weiterbildung auf den Weg zu bringen, um das Ziel zu erreichen, die Beteiligung an der formalisierten Weiterbildung bis 2015 auf 60 Prozent zu erhöhen;
5. die gesamtwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis 2015 zu steigern. Dazu können die bestehenden Formen der Projektförderung insbesondere durch den Ausbau der öffentlichen Validierungsforschung sowie eine steuerliche Förderung von Forschungsanstrengungen von Unternehmen in Form einer Steuergutschrift (tax credit) für kleine und mittlere Unternehmen ergänzt werden;
6. die Binnennachfrage durch Nachfrageimpulse für neue Technologien in Deutschland im Rahmen einer umweltbewussten öffentlichen Beschaffung zu stärken. Zur Stärkung von Tariftreue ist sicherzustellen, dass die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe zur Pflicht wird. Hierzu bedarf es insbesondere auch einer entsprechenden europäischen Initiative. Für mehr Nachfrage und um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze;

7. eine zuverlässige Kreditversorgung der Realwirtschaft sicherzustellen. Dazu muss es eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen, ohne die es keine weiteren staatlichen Hilfsmaßnahmen geben darf. Förderinstrumente der KfW Bankengruppe sind in geeigneter Weise unter der kontrollierbaren Auflage zu erweitern, dass neues Kreditvolumen generiert wird. Es ist auch zu prüfen, ob die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bis Ende 2011 eine vorübergehende Erhöhung der regulatorischen Eigenkapitalquote verbindlich vorschreiben sollte. Für den Fall, dass diese Maßnahmen nicht ausreichend wirken, ist nach Ende des ersten Quartals 2010 zu prüfen, ob eine direkte staatliche Intervention erforderlich ist. Die Bereitstellung von Wagniskapital für Unternehmensgründungen oder -erweiterungen ist zu verbessern;
8. ein Konzept zur Förderung des Mittelstandes vorzulegen, um den Mittelstand in seiner Bedeutung für die Volkswirtschaft sowie für Wachstum und Beschäftigung zu stärken. Neben der Sicherstellung der Unternehmensfinanzierung und der steuerlichen Förderung von Forschungsanstrengungen von Unternehmen über Steuergutschriften (tax credits) sind die Rahmenbedingungen für eine neue Gründungskultur zu schaffen und weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung auf den Weg zu bringen, indem u. a. Informations- und Statistikpflichten weiter reduziert und Dokumentationspflichten auch auf elektronischem Weg ermöglicht werden. Das Förderangebot des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) ist mindestens auf dem Niveau von 2009 beizubehalten;
9. zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und ökologischen Industriepolitik voranzutreiben und Leitmärkte der Zukunft – und damit neue wachstumsstarke Branchen – auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen. Die Politik zur Förderung der erneuerbaren Energien ist weiter voranzutreiben. Zur Steigerung von Energie- und Rohstoffeffizienz müssen für die Entwicklung effizienterer Technologien vor allem die Ausgaben für die Energieforschung deutlich gesteigert werden;
10. zur Stärkung des Dienstleistungsstandortes Deutschland unverzüglich ein Konzept zu entwickeln und auf den Weg zu bringen, mit dem Wachstums- und Beschäftigungspotenziale der Gesundheits- und Kreativwirtschaft mobilisiert werden;
11. die Modernisierung der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur als Grundlage für Wachstum und Beschäftigung sicherzustellen. Dazu ist für die Stromnetze der Zukunft die Gründung einer Netzgesellschaft auf den Weg zu bringen, die durch die Eigentumsverhältnisse die Steuerungsfähigkeit des Staates gewährleistet. Für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist ein Konzept – in einer gemeinsamen Aktion von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Verkehrswirtschaft – zu erstellen. Der Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandes erfordert Investitionen von bis zu 50 Mrd. Euro und kann nicht allein von einem Unternehmen bewältigt werden, so dass es entsprechender Kooperationen bedarf – die Bundesnetzagentur muss in Zusammenarbeit mit dem Bundeskartellamt und den Betreibern die Rahmenbedingungen für solche Kooperationen klären und entsprechende regulatorische Rahmenbedingungen schaffen;
12. sich weiter für eine gemeinsame europäische bzw. international koordinierte Wirtschafts- und Sozialpolitik einzusetzen. Anzustreben ist, wie bei den auf europäischer Ebene im Jahr 2009 abgestimmten Konjunkturprogrammen, eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung zur Förderung von Innovation und Nachhaltigkeit;

13. dafür zu sorgen, dass für nachhaltige Zukunftsinvestitionen neue finanzielle Handlungsspielräume geschaffen werden. Dazu bedarf es neben dem Abbau von Subventionen einer Verbesserung der staatlichen Einnahmesituation: Es muss eine internationale Finanztransaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen eingeführt werden. Darüber hinaus müssen die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer geschaffen werden. Auch um einen Beitrag zur Steigerung der dringend notwendigen Bildungs- und Forschungsinvestitionen zu leisten, ist ein Aufschlag auf den Spitzensteuersatz einzuführen;
14. den dringend erforderlichen Abbau volkswirtschaftlich kontraproduktiver Subventionen voranzutreiben und die freiwerdenden Mittel für die Förderung von Investitionen bereitzustellen.

Berlin, den 26. Januar 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333